

Pommersche Zeitung



Führende Tageszeitung Pommerns • Parteiämtl. Zeitung der NSDAP. Gau Pommern
Nachrichtenblatt der Landesbauernschaft, der Deutschen Arbeitsfront sowie aller Behörden

5. Jahrgang

Dienstag, den 6. April 1937

Nr. 277

Verlag und Anzeigenverwaltung: Pommerscher Zeitungsverlag G.m.b.H., Stettin, Breite Straße 51. Schriftleitung: Stettin, Große Danziger Straße 5-6. Druck: Sammel-
nummer 28 51. Druck: F. Oeffelund, Stettin. Die „Pommersche Zeitung“ erscheint wöchentlich siebenmal morgens. Bezugspreis: Monatlich 1,75 RM, jährlich 16,50 RM.
Votenzahl bei Reichsanmeldung, durch die Post 2,00 RM, einjährig 18,00 RM. Volkseigenes Unternehmen, Nr. 6 63 333. Zeitungsbesitzgesetz, Verlagsamt Stettin 1936.

Heute lesen Sie:

Wie Jagoda verhaftet wurde

Auch seine Geliebte festgenommen

Gefährliches Doppelspiel Frankreichs

Großzügiger Flugzeugmangel nach Spanien

Abschied Mackensens von Budapest

Audienz beim Reichsverweser von Horthy

Fünf Ortschaften in Spanien erobert

Weiterer Vormarsch an der baskischen Front

Ehrverteidigung mit blanker Waffe

Neue studentische Mensurbestimmungen

Gibt Jugendlichen keinen Alkohol!

Eine scharfe Warnung des Chefs der deutschen
Polizei

Gandhi als Nobelpreisträger
vorgeschlagen

Will Oslo auch noch England brüskieren!

Kein Alkohol an Jugendliche

Der Chef der deutschen Polizei warnt

Berlin, 6. April.

Der Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei macht in einem Rundschreiben den Polizeibehörden zur Pflicht, mit Nachdruck darüber zu wachen, daß die nach § 16 des Gaststättengesetzes zum Schutze der Jugend bestehenden Anordnungen genau beachtet werden.

Der Erlaß erinnert daran, daß der Ausschank von Branntwein oder überwiegend branntweinhaltiger Genußmittel im Betriebe einer Gast- oder Schankwirtschaft oder im Kleinhandel an Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, zu eigenem Genuß verboten ist, daß ferner die Verabreichung von geistigen Getränken oder Tabakwaren an Personen, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, zu eigenem Genuß in Abwesenheit des zu ihrer Erziehung Berechtigten oder seines Vertreters ebenfalls verboten ist.

Weiter wird an die in allen deutschen Landesteilen bestehenden polizeilichen Anordnungen erinnert, die eine Teilnahme Jugendlicher an öffentlichen Tanzveranstaltungen verbietet. Auch für die Befolgung dieser Anordnungen sollen die Polizeibehörden mit Nachdruck Sorge tragen.

„Hier spricht Sowjetrußland“

Im Reichsfunker Hamburg jeden Dienstag

Berlin, 6. April.

Heute abend, in der Zeit von 19.45 bis 20 Uhr, hören die Reichsfunker Berlin, Hamburg, Leipzig und Köln die Kurzfunkereihe des deutschen Rundfunks „Hier spricht Sowjetrußland“ fort.

Das Sendeprogramm ist aus sowjetrussischen Pressestimmen zusammengestellt und beleuchtet jugendlichartig die inneren Verhältnisse der Sowjetunion.

Seit Jahren lenkt Sowjetrußland über seine Anlagen in 60 verschiedenen Sprachen Verlesungen und Fassmeldungen in die Welt. Innerhalb und selbstverständliche nationale Belange anderer Länder werden dabei rücksichtslos übergegangen. Die Fülle fremdsprachiger Sendungen versucht Moskau damit zu erklären, daß sie nur an die völkischen Minderheiten innerhalb der Grenzen der UdSSR gerichtet seien, aber alle Welt hat dieses Gebaren längst durchschaut.

Die Sendereihe „Hier spricht Sowjetrußland“, die allwöchentlich dienstags stattfindet, wird mithelfen, das wahre Bild des Bolschewismus aufzuzeigen und ihn als das hinzustellen, was er ist: Weltfeind Nr. 1.

Mackensen scheidet von Budapest

Audienz bei Admiral von Horthy

Budapest, 6. April.

Reichsverweser Admiral von Horthy empfing am Montag den scheidenden Budapest-er deutschen Gesandten von Mackensen, der vom Führer zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ernannt ist, zunächst zu einer fast einstündigen Abschiedsaudienz, an die sich ein Frühstück im engsten Kreis angeschlossen. Der Reichsverweser überreichte hierbei dem Staatssekretär von Mackensen sein Bild mit Unterschrift.

England meidet Italien

Zwischenlandung nur noch in Frankreich

Drahtbericht unseres Korrespondenten

Paris, 6. April.

Die Imperial Airways werden in Zukunft ihre Routen nach Indien, Südafrika und Ägypten nicht mehr über italienische Zwischenlandestationen, sondern über französische führen.

Die britische Luftfahrtgesellschaft hat den dieser Tage ablaufenden Vertrag nicht erneuert, der ihr das Recht gab, die Häfen Neapel und Brindisi anzusteuern. Die britische Regierung hat bereits von der französischen Regierung die Zustimmung eingeholt, daß die Maschinen der Imperial Airways Maccio auf Korfika als Zwischenlandeplatz benutzen dürfen. Das Abkommen erstreckt sich nur auf Verkehrs- und Postfluggänge.

Deutscher Protest gegen das Ausnahmegesetz in Südwest

Protestnote an die Mandatsregierung - Für die Kampfmaßnahmen gegen Deutsche kein Anhalt - Ein unhaltbarer Zustand

Pretoria, 6. April.

Der deutsche Gesandte Wiehl überreichte am Montag dem General Herzog folgende Protestnote gegen die letzte Verlautbarung der Mandatsregierung, die eine Kampfmaßnahme gegen das dortige Deutschum bedeutete:

„Die deutsche Regierung sieht sich genötigt, gegen die Verlautbarung der Union-Regierung vom 2. April Verwahrung einzulegen, weil diese im Rahmen allgemeiner Parteibestimmungen die deutsche Bevölkerung des Mandatsgebietes Südwestafrika unter Ausnahmemaßnahmen stellt. Die deutsche Regierung hat ihre Bedenken gegen diese Maßnahmen bereits in früheren Noten dargelegt. Sie beschränkt sich deshalb auf folgende Ausführungen:

Die Verlautbarung stellt sich als eine Kampfmaßnahme gegen das Deutschum in Südwestafrika dar. Das ergibt sich aus dem Zusammenhang der Verlautbarung mit dem Bericht der Südwestafrikalassifikation, deren unbewiesene Behauptungen ihr zugrunde liegen.

Für eine solche Kampfmaßnahme der südafrikanischen Regierung gegen das Deutschum in Südwestafrika fehlt jeder berechtigte Anlaß. Die dafür vorgebrachten Behauptungen einer unzulässigen Einmischung Reichsdeutscher in die Einrichtungen des Landes treffen weder Allgemein noch für die letzten zwei Jahre zu.

Das Südwester Deutschum kann sich mit Recht beschwert fühlen, weil ihm trotz des Londoner Abkommens und späterer Zusagen poli-

tische, kulturelle, sprachliche und teilweise auch wirtschaftliche Gleichberechtigung immer mehr verweigert wird und weil es durch die verschiedensten Maßnahmen in seiner Entwicklung behindert wird.

Dieser bedauerliche Zustand, der schon im Widerspruch steht mit der Mandatsbestimmung, nach welcher die Mandatsregierung als Treuhänderin die Pflicht hat, das Wohlergehen aller Bewohner des Mandatsgebietes zu fördern, wird nunmehr durch die Verlautbarung vom 2. April noch verschärft, da sie dem freien Ermessen einer Verwaltungsstelle weitesten Spielraum eröffnet.

Die deutsche Regierung hat die Regierung der Südafrikanischen Union wiederholt gebeten, die südafrikanische Spannung durch beiderseitiges Einvernehmen zu beseitigen. Die jetzigen aber erhaltene Maßnahmen der Union-Regierung werden aller Voraussicht nach im deutschen Teil der Bevölkerung von Südwestafrika den Eindruck verstärken, daß der Union-Regierung nicht an einer Versöhnung der verschiedenen Bevölkerungsstämme gelegen ist, und werden notwendigerweise zu einer Verschärfung der Gegensätze zwischen den verschiedenen Bevölkerungsstämmen führen.

Die deutsche Regierung hält sich für verpflichtet, ihre warrende Stimme zu erheben, und muß es nunmehr der Union-Regierung überlassen, Vorkehrungen zu treffen, daß nicht durch eine Durchführung der Verlautbarung schwerer Schaden angerichtet wird.“

Wie Jagoda verhaftet wurde

Auch die Geliebte des GPU-Chefs festgenommen - Telephonate des Kremls abgehört

Drahtbericht unseres Korrespondenten

Moskau, 6. April.

Zur Verhaftung Jagodas werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Jagoda wurde am helllichten Tage durch die GPU, in seinem eigenen Volkswagen mit einem schwarzen Wagen abgeholt. Dieser schwarze Wagen, der im Volksmund der „Schwarze Rabe“ genannt wird, wird nur bei der Verhaftung hoher Persönlichkeiten benutzt. Die Verhaftung Jagodas wurde vom Volkskommissar des Innern, Gichow, persönlich vorgenommen. Wo sich Jagoda im Augenblick befindet, ist nicht bekannt. Man nimmt an, daß er bereits in das Subjanka-Gefängnis eingeliefert worden ist. Gleichzeitig ist mit ihm auch seine Geliebte Esther Lurje, eine bekannte Moskauer Schönheit, verhaftet.

Welche Verbrechen Jagoda zur Last gelegt werden, ist noch nicht bekannt. Gerücheweise verlautet, daß er einen Betrag von 800 000 Dollar ins Ausland verschoben haben soll. Außerdem macht man ihm den Vorwurf, seine Stellung als Volkskommissar dazu mißbraucht zu haben, Telephongespräche der Mitglieder des Polit-Büros sowie der Sowjetregierung abgehört zu haben. In seinem Besitz sollen sich zahlreiche Aufzeichnungen über Telephongespräche mit leitenden Männern des Kremls befunden haben.

Im Zusammenhang damit sollen auch der Direktor der Moskauer Telephonzentrale und eine Anzahl Telephonbeamten verhaftet worden sein.

London, 6. April.

Die Verhaftung des früheren GPU-Chefs Jagoda hat in der englischen Presse außerordentlich starken Widerhall gefunden.

„Daily Telegraph“ bringt die Meldung unter der Überschrift „Jubel in Moskau“ und schildert, wie die Verhaftung Jagodas auf das Volk wie eine Erlösung gewirkt habe. Der Moskauer Bericht des Blattes gibt ein ins einzelne gehendes Bild von der Charakterlosigkeit dieses Mannes, der jahrelang ein ganzes Volk tyrannisieren durfte. Der Name Jagoda bleibe unlosbar verbunden mit den Grausamkeiten, die er zur Durchsetzung der Kollektivierung und anderer Maßnahmen des ersten Fünfjahresplanes angewandt habe.

Obwohl er im Geheimen ein Gegner dieser Maßnahmen gewesen sei, habe er doch nicht gegen sie Front gemacht, da er einen Wechsel in der Parteiführung fürchtete, und daß man ihn dann für seine Untaten verantwortlich machen würde. Stalin habe schon öfter Jagoda verdrängen wollen, Jagoda habe jedoch zu viel Krümpe in der Hand gehabt. Neben Versuch, ihn zu entfernen, habe er durch eine neue Verfolgungswelle zu parieren verstanden.

Die „Times“, die ebenfalls die Nachsichtigkeit Jagodas darlegt, führt seine Verhaftung in erster Linie auf Eifersüchteleien zwischen ihm und dem Chef der Roten Armee zurück. Jagoda habe sich eine eigene Rote Armee von 200 000 Mann geschaffen. Diese sei besser ausgerüstet gewesen als viele Teile der Roten Armee. Seine Geheimagenten hätten sich unter das Militär gemengt und Offiziere verhaftet. Woroschilow habe sich seinerzeit gezwungen gesehen, selbst einzugreifen, um Jagodas Einmischung abzustellen.

Rote Presseschau

Von Walter Haynberg, Misdroy

Als in der Nacht vom 15./16. März 1917 Zar Nikolaus II. von Rußland in Brestau den Erlaß unterschrieb, der seinen Verzicht auf den Thron enthielt, meldeten die vielen Völker dieses riesigen Reiches ihren Anspruch auf das politische Selbstbestimmungsrecht an.

Finnen, Ingermanländer, Esten, Letten, Litauer, Polen, Ukrainer, Georgier und die vielen anderen Völker im Süden und Osten des Reiches glaubten die Stunde ihrer Befreiung gekommen und erstrebten ihre staatliche Unabhängigkeit. Doch nur ein Teil dieser Völker erreichte sein Ziel. Denn im Herzen Rußlands war diesen Völkern ein weit grimmiger Feind entstanden, als es das zaristische System gewesen war: der jüdische Bolschewismus. In heroischen Kämpfen gegen diesen jüdischen Imperialismus mußten sie sich ihre Freiheit erkämpfen. Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Polen wurden selbständige Staaten, die anderen Völker aber, durch die Übermacht bezwungen, warteten noch heute auf den Tag der Freiheit von den Ketten Moskaus.

Der Freiheitskampf Finnlands in diesen ersten Nachkriegsjahren stand, was Grausamkeit anbelangt, den augenblicklichen Kämpfen in Spanien nicht nach. Rechtzeitige Hilfe des Deutschen Reiches konnte aber in Finnland dem bolschewistischen Spul ein jähes Ende bereiten.

Erbittert waren die Schicksale an der Narwa, wo das Schicksal der estländischen Selbständigkeit entschieden wurde. Genausam mit den estnischen Regimentern kämpften hier das „Baltentregiment“ (bestehend aus Deutschen Estlands) und die finnischen Freiwilligen gegen rote Übermacht.

Und in Lettland entschieden das Schicksal des Landes die deutschbaltische Landeswehr und die deutschen Freikorps. Ihnen verdankt Riga im Mai 1919 seine Befreiung vom bolschewistischen Terror.

Diese siegreichen Kämpfe ermöglichten die Staatsgründungen im Baltikum.

Angelehnt dieser geschichtlichen Tatsachen erscheint der politische Ausschlag „Sowjetunion und Baltikum“ von S. Bodrow in Nr. 48 der sowjetrussischen Zeitung „Pravda“ doch reichlich naiv, der mit folgender Einführung beginnt: „Die Völker der Sowjetunion und die Völker des Baltikums sind durch den gemeinsamen Kampf gegen den verhassten Jazismus miteinander verbunden. Die große Oktoberrevolution hat den Völkern des Baltikums die Möglichkeit gegeben, eigene Staaten zu organisieren.“

Die Völker des Baltikums werden es in kaum zwei Jahrzehnten aber scharflich vermissen haben, daß die Oktoberrevolution, die dem jüdischen Bolschewismus die Macht brachte, auch das Baltikum in eine „autonome“ Sowjetrepublik verwandeln sollte und nur das vergossene Blut der Söhne dieser Länder es vor dieser Knechtung bewahrt hatte.

Es liegt auf der Hand, daß der gesamte Artikel, der viel von der Friedensliebe Moskaus und noch viel mehr von imperialistischen Plänen des „faschistischen“ Deutschlands spricht, angesichts der Besatzungsreihe des sowjetrussischen Marschalls Jegorow geschrieben worden ist.

Glauben die Machthaber in Moskau wirklich, daß a. B. Estland den von Moskau befohlenen kommunistischen Umstrukturierung am 1. Dezember 1924 vergessen hat, als marschbereite rote Regimenter auf der Bahnlinie vor Narwa bereitstanden? Oder daß sich Lettland an die dauernden kommunistischen Umstrukturierung nicht mehr erinnert, oder Litauen nicht weiß, daß die Bauernunruhen im vergangenen Jahr durch bezahlte Agenten Moskaus hervorgerufen waren?

Die Welt ist über die tatsächlichen Zustände in der Sowjetunion genügend aufgeklärt, nur durch Gewalt könnte heute ein Volk dazu gebracht werden, sich der Sowjetunion anzuschließen.

Oder mer findet Zustände verlockend, wie sie im Leitartikel derselben Nummer der „Pravda“ geschildert werden? Dort ist von dem alles beherrschenden Bürokratismus in den sowjetrussischen Institutionen die Rede, der ein Ausmaß angenommen hat, der selbst für „kapitalistische“ Länder nicht denkbar ist. Ungezählte Briefe an die „Pravda“ sprechen, wie die Zeitung selbst schreibt, von Unkultur und Unordnung innerhalb der sowjetischen Institutionen.

Europa ist kleiner geworden. Nicht der Ural trennt mehr Europa von Asien, sondern ein deutlich sehr verläuft heute die Grenze unseres Erdteiles längs den östlichen Grenzgebirgen der Randstaaten.